



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 38

Fernschreiber 0886090

P/XIV/237 - 19. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Adenauer ganz privat Die Briefe von Eisenhower und Chruschtschow	52
2 - 3	Wien wählt Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta	64
4 - 5	Begegnung in Berlin Pastor Paul Borcksenius (Dänemark)	63
6	Erdrutsch in Regensburg Erfolg für Schlichtinger, Erfolg für die SPD	34
7	Um ein einheitliches Schulbuch Beispielhafte Initiative Niedersachsens	31

\* \* \*  
\* \* \*

19. Oktober 1959

Adenauer ganz privat

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dieser Tage zwei Briefe erhalten; den einen von Präsident Eisenhower, den anderen von Ministerpräsident Chruschtschow. Es ist anzunehmen, daß in beiden Briefen Schicksalsfragen der deutschen Nation angesprochen werden. Nichts wäre also natürlicher, als daß der Bundeskanzler die Vertreter der politischen Parteien einlädt, um mit ihnen über den Inhalt dieser Briefe zu sprechen. Das ist bis zur Stunde aber nicht geschehen. Vom Bundeskanzleramt wurde wissensdurstigen Journalisten mitgeteilt, es handele sich um "private Briefe".

Was kann an diesen Briefen von Eisenhower und Chruschtschow "privat" sein? Wahrscheinlich nichts, nicht einmal die Anrede. Hier wird wieder der schlechte Stil politischer Führung in der Bundesrepublik demonstriert. Es wäre das Natürlichste von der Welt, wenn diese Führung alle verantwortungsbewußten Kräfte so schnell wie möglich über den Inhalt der Briefe unterrichtete. Die Staatsführung würde auch keinen Stein aus der Krone verlieren, wenn sie mit den zuständigen Gremien, zum Beispiel dem Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages, sofort in eine Beratung über den Inhalt der Schreiben einträte. Das wäre demokratisch. So aber müssen wir jetzt wieder damit rechnen, daß der "private" Bundeskanzler die Bearbeitung dieser Briefe durch einsame Entschlüsse erledigt und die Vertretung des Volkes vor vollendete Tatsachen stellt.

Man weiß aus Erfahrung, wie schwierig es dann ist, irgendetwas zu korrigieren. Selbst die politischen Freunde des Bundeskanzlers, die gewisse eigene Auffassungen über die Außenpolitik haben, werden sich dann der Parteidisziplin fügen und kritiklos hinnehmen, was der alte Herr ganz privat erklärt. Der Opposition aber wird man sagen, daß sie ja später, vielleicht am 5. November anläßlich der außenpolitischen Debatte im Bundestag, Gelegenheit habe, ihrer Meinung Ausdruck zu geben.

Dann aber sind die Entscheidungen schon gefällt. So "privat" werden in der Bundesrepublik Schicksalsfragen der Nation behandelt.

Wien wählt

Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Den Wiener Kinobesuchern bietet sich gegenwärtig in Form von zwei Kurzfilmen ein politisch lehrreiches Vorprogramm. Im ersten Film sieht man, wie ein Ausländer nach Wien kommt - übrigens in einem Auto mit einem Wiener Kernzeichen - und hier bei der Betrachtung alt-ehrwürdiger Baudenkmäler in gebrochenem, anglisierendem Deutsch das "rote Wien" bewundert. Ein unsichtbarer Sprecher belehrt ihn, daß diese Gebäude nichts mit dem "roten Wien" zu tun haben, bis man dann den Besucher vor dem riesigen Karl-Marx-Hof wiederfindet, wie er - nunmehr darüber belehrt, daß dies tatsächlich von der sozialistischen Gemeindeverwaltung geschaffen wurde - seinen Abscheu mit den Worten ausdrückt: "Pfui, das sieht ja aus wie in Moskau!" Damit will die ÖVP am 25. Oktober die Wiener Gemeinderatswahlen gewinnen...

Der zweite Film im Vorprogramm der Wiener Kinos zeigt in bunten Bildern eine Fülle schöner Bauwerke des neuen Wien. Dazu erläutert Bürgermeister Franz Jonas, der gleichzeitig Landesparteivorsitzender der SPÖ ist, die Leistungen der Gemeindeverwaltung und fordert die Wähler auf, am 25. Oktober für die Sozialisten zu stimmen. Mit ihren bisherigen Leistungen will die SPÖ die Gemeinderatswahlen gewinnen...

Seit dem Ende des ersten Weltkrieges haben die Sozialisten - mit Ausnahme der faschistischen Ära von 1934 bis 1945 - die Geschicke dieser Stadt geleitet. Ihre Kommunalpolitik, vor allem aber ihr sozialer Wohnhausbau, haben die Anerkennung und Bewunderung der ganzen zivilisierten Welt gefunden. Das galt auch für den in den dreißiger Jahren erbauten Karl-Marx-Hof, den der ÖVP-Wahlfilm heute kritisiert. Im Februar 1934 hat freilich die Vorläuferin der ÖVP bei der Niederringung der österreichischen Sozialdemokratie diesen Karl-Marx-Hof mitsamt seiner Bewohnerschaft, so wie auch andere Wohnhausbauten der Gemeinde, mit Kanonen beschießen lassen.

Die letzten Wiener Gemeinderatswahlen haben vor fünf Jahren, am 17. Oktober 1954, stattgefunden. Die Sozialisten erhielten damals mit 52,7 Prozent der gültigen Stimmen ihren bisher größten Stimmenanteil,

die ÖVP bekam 33,2 Prozent und die KPÖ 8,3 Prozent der Stimmen. Vor dieser Wahl hatten die Sozialisten unter anderem versprochen, in den folgenden fünf Jahren 20 000 Wohnungen zu bauen, tatsächlich haben sie in dieser Zeit 26 370 Wohnungen gebaut und für weitere 15 000 Wohnungen Kredite gewährt. Daneben wurden großzügige Verkehrsanlagen gebaut, die große Stadthalle, ein Wasserspeicher, das historische Museum, zwei moderne Bäder usw.

Die ÖVP kann mit Leistungen in Wien überhaupt nicht aufwarten - - stattdessen übt sie Kritik auch an den Verkehrsumleitungen infolge der Straßenbauten. Die ÖVP ist noch dazu mit einer unerquicklichen Korruptionsaffäre belastet, in der ihr nunmehr abgesetzter Landesparteiobmann Fritz Polcar verwickelt ist. Polcar hat gegen Provision einem obskuren Industriellen, Johann Haselgruber, ohne Deckung riesige Kredite in die Hände gespielt, was schließlich zum größten Finanzskandal im Nachkriegsösterreich führte.

Als in diesem Frühjahr, am 10. Mai, der österreichische Nationalrat neu gewählt wurde, erhielt die ÖVP - nach all dem nicht ganz unerwartet - ihre erste schwere Niederlage: Die Zahl ihrer Wähler sank um 23 000, während die Sozialisten um 22 000 Stimmen mehr bekamen. Nun fällt naturgemäß dem Wähler die Beurteilung gesamtstaatlicher Leistungen wesentlich schwerer als die der Leistungen einer kommunalen Verwaltung. Die Sozialisten haben daher allen Grund, den bevorstehenden Wahlen mit Zuversicht entgegenzusehen. In ihrem Wahlprogramm versprechen sie den Wienern, daß in den nächsten fünf Jahren weitere 45 000 Wohnungen gebaut werden, und jedermann weiß, daß sie dieses Versprechen auch halten werden. "Die Hauptstadt der Republik Österreich", so heißt es in diesem Wahlprogramm der SPÖ, "wird die unter Führung der Sozialisten wiedererlangte Weltgeltung behaupten und festigen. Sie wird ein Zentrum europäischer Kultur und ein Leuchtturm der Freiheit sein, wenn jung und alt, vereint in der Liebe zu Wien, im Bewußtsein ihrer Verantwortung den Sozialisten ihr Vertrauen schenken". Der Wiener aber - auf seine Stadt nicht wenig stolz - sagt indes zum anderen: "Am 25. Oktober machen's wir denen in Berlin und Bremen nach!"

### Begegnung in Berlin

H.G.S. Pastor Borchsenius kommt aus Randers, einer mittleren Stadt des dänischen Festlandes zwischen Aarhus und Aalborg. Er gehört zu den namhaften Hebraisten Europas und beherrscht neben seiner Muttersprache und einigen anderen europäischen Sprachen auch alle alten und neuen Ausdrucksformen der jüdischen Religion und des israelischen Volkes. Seit Kind an, so erzählte mir mein freundlicher Gast in Berlin, fesselte ihn das jüdische Schicksal und die jüdische Religion. Er ahnte damals noch nicht, daß er sich eines Tages für die jüdischen Brüder bewundernswert bewähren konnte.

Der Seelenhirte aus Randers, der etwa 20 000 Menschen geistlich betreut, hatte Hebraistik und jüdische Kulturgeschichte im Rahmen seines theologischen Studiums ganz besonders gepflegt.

Die Bewährung für Pastor Borchsenius kam mit dem Einmarsch der Hitler-Truppen in Dänemark. In ihrem Gefolge zogen die Schergen der "Endlösung". Jüdische Menschen wurden grausam erretzt und in die Vernichtungslager im übrigen Europa abgeschleppt. In einem einzigen grossen Gewissensaufstand erhoben sich die dänischen Menschen, die in dieser verbrecherischen Deportation etwas ganz Ungeheuerliches fühlten. Die dänische Nation wurde zu einem geschlossenen Block inneren oder äußeren Widerstandes, von dem heute zwei Museen des Freiheitskrieges und der Errettung jüdischer Bürger in Sønderborg und Kopenhagen erzählen.

Pastor Borchsenius war einer der ersten, der der Widerstandsbewegung beitrug und sich an die Rettung jüdischer Menschen mit allen Mitteln ins neutrale Schweden machte.

"Man soll der Obrigkeit gehorchen, Herr Pfarrer; Sie lehnten sich über auf", so versuchte ich scharzhaft meinen dänischen Freund in Verlogenheit zu versetzen. Aber er reagierte blitzschnell: "Ja, das ist christlicher Grundsatz, aber man soll nicht den Verbrechern gehorchen, wenn man es eindeutig als ein solches erkannt hat", sagt mein Gast entschlossen.

Und dann erzählt er schlicht und bescheiden, wie hunderte jüdische Menschen mit seiner Hilfe aus der Hölle der Nazibesetzung gerettet wur-

den. Bis eines Tages die Gestapo auch ihn feststellte und verhaften wollte. So mußte er 1943 mit seiner Familie selbst nach Stockholm fliehen und gründete dort die freie dänische Exigrationskirche. In engem Zusammenwirken mit Oberrabbiner Melchior gingen die Rettungsaktionen bis zur Befreiung Dänemarks weiter.

Pastor Borchsenius, dem eine umfangreiche Biographie David Ben Gurions zu verdanken ist, die im Hirschsprungforlag in Kopenhagen erschien (deutsch stark gekürzt im Colloquium-Verlag, Berlin), hat soeben ein mehrbändiges umfangreiches Werk über die Geschichte der Juden in der Welt von der Zerstörung des Tempels unter Titus bis zur Gegenwart vollendet. Der Haupttitel des Werkes lautet "Die lange Wanderung" und der letzte Teil des Buches heißt "Und es wurde Morgen". Borchsenius liebt Israel, das er jetzt zum vierten Male zu einem mehrmonatigen Besuch aufsuchen kann, ebenso seinen Freund Ben Gurion. Die dänische Kirche gewährt ihrem Seelenhirten zu diesem Forschungszweck grosszügig Studienurlaub, weil sie seine besonderen Fähigkeiten auf dem Gebiete der jüdischen Kulturforschung schätzt.

Bewundernd besuchte mein dänischer Gast die Räume des neuen jüdischen Gemeindehauses Berlin und signierte in der Bibliothek seine Ben-Gurion-Biographie. Warum er eigentlich nach Berlin kam? Mit einer Arbeit über die "Endlösung" beschäftigt, wollte er einmal das Haus Kurfürstenstrasse 116 sehen. Tatsächlich ist dieses Haus stehen geblieben. "Hier war das Hauptquartier der "Endlösung", die auch für uns Dänen die schoußlichste Schande der Neuzeit darstellte", so sagt Borchsenius, "ich besuchte das Haus, fragte die Bewohner nach dem einmal dort Geschehenen, niemand wußte etwas davon".

In Dänemark haben sie es nicht vergessen. Und während sich ein SS-Führer Eickmann irgendwo in einer arabischen Wüstenease Kuwait herumdrückt, versucht ein dänischer Christ ein Stück der Schande zu tilgen, die er von Anfang an auf das entschiedenste verworfen hat.

Erdrutsch in Regensburg

sp - Dass der überragende Erfolg der deutschen Sozialdemokratie bei den Bremer Bürgerschaftswahlen nicht eine einmalige, nur auf Bremen beschränkte Erscheinung war, hat der letzte Sonntag bewiesen. Der Tod des CSU-Oberbürgermeisters von Regensburg, Hermann, machte eine Neuwahl erforderlich. Oberbürgermeister werden in Bayern durch Volksabstimmung gewählt. Regensburg gehört zu den traditionellen Hochburgen der CSU. Diese ging mit hochgespannter Segeln in den Wahlkampf, sie glaubte, mit ihrem Kandidaten, Landgerichtsrat Fischer, ohne Schwierigkeit durchkommen zu können. Aber die Regensburger Wähler haben einen Strich durch diese Rechnung gemacht, sie lieferten eine wahlpolitische Sensation: sie entschieden sich nicht für Fischer, sondern für den in der Kommunalpolitik bisher nicht hervorgetretenen sozialdemokratischen Kandidaten Oberlehrer Rudolf Schlichtinger. 58 Prozent aller abgegebenen Stimmen konnte Schlichtinger auf sich vereinigen, obwohl im Regensburger Stadtrat die SPD von insgesamt 42 Ratsmitgliedern nur 15 stellt.

Dieses für Regensburg und auch für Bayern überraschende und wohl von niemandem erwartete Wahlergebnis ist nicht nur ein grosser Achtungserfolg für den Enddreissiger Schlichtinger, sondern auch eine Anerkennung für die von ihm vertretene Politik. Der neue Oberbürgermeister von Regensburg gehört seit zwei Wahlperioden dem bayerischen Landtag an, wo er sich als bedeutender Kulturpolitiker einen Ruf erwarb. Bei den schwierigen Verhandlungen über das bayerische Lehrerbildungsgesetz hat er so manche scharfe Klinge mit der CSU gekreuzt.

In den Führungskreisen der CSU wurde die Verkündung des Endergebnisses als Schreckensnachricht empfunden. Nach diesem Sonntag fühlt sich die CSU ihrer Prozentmehrheiten in vielen bayerischen Städten nicht mehr so sicher wie vordem. Ihr Hochmut hat hier den bitter notwendigen Dämpfer bekommen. Für die bayerische SPD aber gibt Regensburg einen Ansporn, den bevorstehender Wahlkampf um den Münchener Oberbürgermeisterstuhl im März nächsten Jahres mit verstärkter Energie zu führen. Auch hier wagt sie ein Experiment in der Aufstellung eines 34-jährigen Bewerbers um die Nachfolge Wimmers in dieser Millionenstadt; Regensburg hat den Beweis geliefert, dass in der Bevölkerung junge und unverbrauchte Führungskräfte aus den Reihen der Sozialdemokratie Anklang finden.

19. Oktober 1959

Um ein einheitliches Schulbuch

E. P. - Hannover

Der niedersächsische Kultusminister erteilte den Schulleitern des Landes nunmehr die Auflage, Massnahmen zur Vereinheitlichung im Schulbuchwesen zu treffen. Eine solche Auflage sollte für das ganze Bundesgebiet zum Beispiel erhoben werden, damit im gesamten bundesrepublikanischen Schulbuchwesen eine dem Kinde dienende Konzentration erreicht wird.

Die Unterschiede im Schulbuch treten nicht allein auf der Länderebene oder zwischen den Ländern der Bundesrepublik auf, sondern auch in Kreisen und Gemeinden. Was der kleine Hans aus dem Lesebuch in einer Schule gelernt hat, gilt nicht unbedingt für die Schule, die er vielleicht besuchen muss, wenn seine Eltern einmal umziehen. Das wirft nicht nur Schatten auf den Lernerfolg der Kinder, sondern auch auf die Lehrmethodik der Pädagogen, denen es gewiss schwer fällt, Kinder weiter zu unterrichten, die vielleicht aus einem anderen Schulsystem und noch dazu aus einer Schule kommen, in der andere Bücher gebraucht wurden.

Der Mangel an einheitlichen Schulbüchern machte sich besonders in den Kommunen bemerkbar, die einer starken Fluktuation unterworfen waren. Das waren in der vergangenen Zeit nicht wenige Städte, weil mit dem Neubau von Häusern auch eine innere bevölkerungspolitische Bewegung einsetzte. Es mussten Kinder umgeschult werden, aber hierbei zeigte sich die nicht vorhandene Koordination im Schulbuchwesen selbst innerhalb der Stadtgrenzen. Es entstand dadurch nicht selten eine Erschwernis bei der erforderlich gewordenen Umschulung, aber auch eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Eltern, die plötzlich bei einem ohnehin mit Unkosten verbundenen Umzug vor die Tatsache gestellt wurden, neue Schulbücher zu kaufen, weil die aus der bisherigen Schule nicht in der neuen galten.

Es müsste also als elementare Grundlage versucht werden, wenigstens innerhalb geschlossener Kommunalverbände zur Vereinheitlichung im Schulbuch zu kommen. Von hier aus muss die Konzentration auf das betreffende Land und möglichst auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt werden.

-----+--+-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel